

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden.
Dresdner-Verlagsnummer 25 241
Zur Nr Nachrichten: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich einmaliger Bestellung monatlich 8,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Die Spalte 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Sonntagsnummern, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Anz. u. Verträge 25%, Vorkursgebühr laut Tarif. Auswärtige Zusätze gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Gedruckt und herausgegeben von:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Hefsch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 11, Großbetrieb für
Sollers- und Rost-Druckerei.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Dresdner Nachr. zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Konditorei und Café Uhlich
Streitener Straße 3 (2 Min. vom Hauptbahnhof)
Täglich: Unterhaltungsmusik
Vorzügliches Gebäck — Eis und Eisgetränke — Bier, Wein, Likör

Koffer
Eiserlein
Waisenstraße 23

Transportable Herde
In Schmiedeeisen und Guß — Bevorzugte Fabrikate
Preiswerte und praktische Siedelungsgeräte
Florjan Czoekers Nachfolger
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

Triumph-Buttermilch-Seife

ist infolge ihrer chem. Zusammensetzung ein unübertroffenes, Schönheits- und Toilettemittel.

Triumph-Buttermilch-Seife

gibt ein unübertroffenes Aussehen. Es ist ihres sparsamen Verbrauches wegen besonders zu empfehlen.

Triumph-Buttermilch-Seife

ist in jedem besseren Geschäft zum Preise von 4,50 M. erhältlich.
Hersteller: W. H. Gieseler, Dresden-N., 11, Großbetrieb für Seifen u. moderne Wasdammittel.

Unverminderter Ernst des Polenaufruhrs. Zur innerpolitischen Lage in Sachsen.

Die Untätigkeit der Befehlsstruppen.

(Eine Sonderberichterstattung der Dresdner Nachrichten.)
Dresden, 7. Mai. Das seit fünf Tagen gepeckert gewesene Fernamt Königsbrunn arbeitet seit heute leiblich wieder. Die die aus Königsbrunn vorliegenden Meldungen betreffen, verläuft die Linie der bewaffneten Polen von Weiskopf über Langenberg-Wagh-Strahlitz bis Rappitz a. C. Die deutschen Städte des Industriegebietes sind völlig von den Polen umzingelt, die auf 30 000 Mann Stärke geschätzt werden und schwere Geschütze mit sich führen. In Rattowitz, wo die französischen Truppen gleichfalls von den Litauern zurückgezogen sind, hat Korantyn einen Mörser ansetzen lassen, der die kommunalen Behörden im Amt belästigt und nur die Unmöglichkeit der politischen Behörden aufhebt und diese dem neuen polnischen Zivilkommissar zuweist.
Dresden, 7. Mai. Aus Gleiwitz wird gemeldet: Die Stadt Gleiwitz steht vor dem Einmarsch der Polen. Die französischen Truppen haben sich in ihre Kasernen zurückgezogen, (!) die sie mit Stacheldraht umzogen haben. Der französische Kommandant hat gestern Abend einen Parlamentär der vor der Stadt liegenden Polen empfangen, mit dem um Mitternacht noch verhandelt wurde.

Eine neue Korantyn-Note.

Dresden, 7. Mai. Korantyn hat in einer an die Fraktionen und Wählerpräsidenten der Reichstagesversammlung gerichteten Note am Sonntagmorgen eine neue Demarkationslinie gezogen.
Berlin, 7. Mai. Korantyn erklärte in seiner Note an die Wählerpräsidenten, alles getan zu haben, was in seiner Macht gestanden hätte, um den Aufstand zu verhindern (!) Bereits unmittelbar nach der Abstimmung hat seine „Oberächtsche Grenzzeitung“ über die Verdrängung der Deutschen aus Oberschlesien geäußert und unmittelbar vor Beginn des Aufstandes am 1. Mai hat die „Grenzzeitung“ in den sonntäglichen Anzeigen gegen die Unruhstifter geschrieben. Daraufhin alle nicht polnischen wie Korantyns Note weiter behauptet, brechen Aufstand und Unfriede aus. Ebenso unklar ist die Behauptung, die Bewegung sei eine „elementare, denn ältere Offiziere haben den Spezialisten des Reichs „Journal“ Stellen bei Korantyn am 1. März zugesagt. Korantyn in seinem Munde wohl nicht ohne Wirkung und Korantyn angedroht. Der diplomatische wie der militärische Befehl Korantyns haben also bis jetzt nichts erreicht. (20. I. A.)

Zur innerpolitischen Lage in Sachsen.

Das Dresdner mehrheitssozialistische Organ spricht von einem „Reinfall“ der bürgerlichen Koalition bei dem Verbleibe der Regierung durch Verweigerung der Ministergehälter zu erzwingen, behauptet, daß die bürgerliche Presse Alarmmaßnahmen über nahe bevorstehende Landtagswahlen gebracht habe, und meint, daß man nunmehr mit solchen „für die allerhöchste Zeit“ kaum zu rechenen brauchen dürfe. Hinsichtlich des Wahlkampfes sagt es außerdem, daß es sich nicht lohnen würde, sich darüber hinaus freudig zu äußern. Gegenüber dieser Darstellung ist zu betonen, daß die Frage der Neuwahlen auch in der sozialdemokratischen Presse, und zwar seitens der von dem neuen Wirtschaftsminister Jekisch geführten radikalen Richtung in der Mehrheitssozialdemokratie, aufgeworfen wurde. In den Tagen nach links, der durch den Eintritt von Jekisch in die Regierung zur Erscheinung kommt, muß man anknüpfen, wenn man die augenblickliche politische Lage in unserer eigenen Heimat unter die Lupe nehmen will. Der Weg der Mehrheitssozialdemokratie in Sachsen hat nämlich Unabwägung gefordert, und schließlich siegte die Scheidemannsche Theorie von dem unerträglichen Übel der bürgerlichen Minorität in der Regierung, die sobald als möglich befreit werden müsse. So trat bei uns in Sachsen der abnorme Zustand ein, daß eine rein sozialistische Regierung amtiert, die von der Gnade der Kommunisten abhängig ist und selbst dann nur über zwei Stimmen Mehrheit verfügt. Dieses direkt unwürdige Verhältnis umarmen die bürgerlichen Parteien zu einem außerordentlichen Vorgehen, indem sie sich einmütig zur Verweigerung der Ministergehälter entschlossen. Die Bedeutung dieser Aktion liegt ganz auf der grundlegenden Seite und hat keinerlei persönliche Spitze. Sie hat nicht den Sinn, daß die Minister, denen das Gehalt verweigert wird, dadurch gewissermaßen zum Hungern verurteilt würden. Es gab vor Zeiten, in den Anfängen des deutschen Verfassungslebens, allerdings einmal eine sogenannte „konstitutionelle Ministertheorie“, deren Vertreter dafür eintraten, daß im Falle der Gehaltsverweigerung die Minister keinen roten Heller bekommen dürften, sondern betteln gehen müßten, wenn sie sich nicht anders zu helfen wüßten. Diese Auffassung hat aber niemals größeren Anhang gefunden und ist sehr bald völlig von der Unwissenheit verdrängt worden, daß jeder Beamte, also auch der Minister, ein uneräußerliches Recht auf Bezahlung seiner Arbeit durch den Staat besitzt. Werden also die Gehälter verweigert, so muß die Auszahlung trotzdem zunächst erfolgen, aber die Regierung ist verpflichtet, dafür später vom Parlament Indemnität nachzusuchen, um der Verfassuna zu genügen. Die nachträgliche Genehmigung wird aber von der gleichen Mehrheit im allgemeinen nur dann gewährt werden, wenn die Regierung inzwischen ihr Verhalten in dem von der Mehrheit gewünschten Sinne geändert hat. Inwiefern erweist sich also die Gehaltsverweigerung als ein hartes moralisches Druckmittel gegenüber der Regierung. In England kommt dieser demonstrative Charakter der Maßregel noch stärker dadurch zum Ausdruck, daß nur ein Bruchteil des Gehalts, z. B. nur ein Pfund Sterling, zum Abtrieb beiträgt wird. In dem vorliegenden Falle muß die Aktion von bürgerlicher Seite so lange wiederholt werden, bis der damit beabsichtigte Zweck erreicht ist. Wenn die bürgerlichen Parteien zu einem solchen unerbittlichen Vorgehen nicht fest entschlossen wären, würde das ganze Vorhaben nur einen Scherz ins Wasser bedeuten. Wird es aber bis zum bitteren Ende durchgeführt, so muß dadurch schließlich auch die hartgefotterte radikale Unempfindlichkeit mürbe gemacht werden, und es erscheint daher sehr wohl möglich, auf diesem Wege auch ohne Neuwahlen die Mehrheitssozialdemokratie zum Bruch mit den Kommunisten und zur Wiederheranabstimmung bürgerlicher Elemente zur Regierung zu zwingen, natürlich unbeschadet der Notwendigkeit, daß bürgerliche Vulten trocken zu halten und sich rechtzeitig auf Neuwahlen einzurichten, damit keine Ueberrumpelung stattfinden kann.

Die Bereitstellung der Reichswehr.

München, 7. Mai. In die Münchener Garnison ist angehts der Polenaufstände in Oberschlesien Versteigerungsbefehl ergangen.

Verord will mit Korantyn verhandeln!

Berlin, 7. Mai. Die „Voll. An.“ aus Dresden meldet, daß nach aus Dresden einetreffenden Nachrichten die interalliierte Kommission die angedrohte Herbeiführung der Verhörfundstruppen aus dem Wehen räumlich gemacht. Es soll verhandelt werden, durch Verhandlung mit Korantyn Herr der Lage zu werden. Sollte diese Meldung sich bewahrheiten, so würde das Aufkommen einer deutschen Selbstschutzbewegung in ardeten Nahe die Folge sein. Die bisher mit Erlaubnis der Reichskontrollkommission gebildete deutsche Selbstschutzwehr hat bereits Erfolg zu verzeichnen.
Als Vertreter der Korantyn-Regierung ist der Graf Stotowski hier, nach Dresden gegangen. Die polnische Regierung soll in der nächsten Sitzung des polnischen Ministerrats beschlossen haben, ihr völliges Desinteressement an den Verhandlungen in Oberschlesien auszusprechen. Dieser Beschluß der polnischen Regierung soll durch den polnischen Geschäftsträger in Berlin heute der deutschen Regierung

Die Entscheidung über Oberschlesien.

(Sonntäglicher Sonderbericht über Sachsen.)
Balef, 7. Mai. Die „Londoner Times“ berichten, daß die Entscheidung über die ober-schlesische Frage am Sonntag über den genauen im Oberen Rat erfolge. Graf Stotow habe anlässlich der schweren Verluste der italienischen Truppen bei der Niederwerfung des gegenwärtigen Polenaufstandes um eine befristete Entscheidung der ober-schlesischen Angelegenheit ersucht.
Balef, 7. Mai. „Daily Mail“ berichtet: Der Oberer Rat verurteilt unbedingt die Ueberschleifung der polnischen Insurgenten in Oberschlesien. Er hat die polnischen Rekruten in Paris ihre Mißbilligung wegen des Aufmarsches auszusprechen, durch welche so viele alliierte Staaten ausgedehnt ihr Leben einbüßen haben. Andererseits behält die absolute Mehrheit im Oberen Rat, die Graf Stotow und Fleck den Polen zugesprochen.
Die U. S. P. studiert Oberschlesien.
Berlin, 6. Mai. Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion hat zum Studium der ober-schlesischen Frage zwei ihrer Mitglieder nach Oberschlesien entsandt.

Dr. Mayer — Außenminister?

Berlin, 7. Mai. Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Botschafter Dr. Mayer, der in den Morgenstunden aus Paris hier eingetroffen ist. Botschafter Dr. Mayer besprach mit dem Reichspräsidenten die augenpolitische Lage und die Frage der Regierungsbildung.
Dr. Mayer-Außenminister wird als Zentrumskandidat für den Posten des Außenministers genannt.
Auch der deutsche Gesandte in Wien, v. Rosenberga ist nach einer Meldung der „Voll. An.“ nach Berlin berufen worden.
Berlin, 7. Mai. Die Reichstagsfraktionen sind sämtlich heute vormittag zu Sitzungen zusammengetreten, um zu dem Ultimatum der Entente und der damit zusammenhängenden Kabinettskrise Stellung zu nehmen. Die Erörterungen in den Fraktionen sind noch lebhaft im Gange. Ueber ihr Ergebnis wird sich vor heute Abend etwas Bestimmtes nicht sagen lassen.
Seit 11 Uhr vormittag tagt der Ausschuß des Auswärtigen, um die den eingetroffenen Meldungen aus Oberschlesien entgegenzunehmen. Der Pariser Botschafter Dr. Mayer erschien vormittag im Reichstag und hatte mit seinen Fraktionskollegen von der Nationalen Volkspartei und den Führern des Zentrums Unterredungen. Die Bildung der Kabinettskrise hängt von der endgültigen Stellungnahme der Fraktionen zum Ultimatum ab.
Berlin, 7. Mai. Die „Neue Berl.“ meldet, daß für die Kanzlerschaft wieder die Person des Abg. Stresemann in den Vordergrund getreten sei, da weder der preussische Ministerpräsident Siegelwald, noch der deutsche Botschafter Dr. Mayer in Paris, der nach Berlin berufen worden ist, das Amt annehmen würden. Mayer hat

schon das Blatt das Gerücht, daß in der Deutschen Volkspartei die Gefahr einer Spaltung vorhanden sei wenn die neue Regierung dem Ultimatum Folge leisten sollte; insbesondere solle es eine eifrig Tätigkeit nach dieser Richtung hin entfalten.

v. Rahr in Berlin.

München, 7. Mai. Der bairische Ministerpräsident Dr. v. Rahr ist gestern Abend nach Berlin gereist, um in der entscheidungsvollen Stunde die Meinung Bayerns zum Ausdruck zu bringen. Die Reise erfolgte aus eigenem Entschluß. Nach Bekanntwerden seiner Abfahrt hatte man den bairischen Ministerpräsidenten telegraphisch gebeten, nach Berlin zu kommen.

Gefährdete Versuche einer Koalitionserweiterung.

(Eine Sonderberichterstattung der Dresdner Nachrichten.)
Berlin, 7. Mai. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, haben die bisherigen Koalitionsparteien den Versuch einer Erweiterung der Koalition gemacht. Es haben infolge der Regierungsbildungs Verhandlungen mit den Mehrheitssozialisten und auch mit recht stehenden Politikern stattgefunden. Von beiden Seiten wurde erwidert, daß kein Grund vorliegt, der bisherigen Koalition die Verantwortung für das kommende abzunehmen. In der Fraktionsführung der Mehrheitssozialisten sprach sich der meiste Redner sich mit Entschiedenheit für eine stärkere Betonung der Oppositionsstellung gegenüber einem neuen bürgerlichen Kabinetts aus.
Um 2 Uhr nachmittags tritt der Reichstag zusammen, um sich mit den wichtigsten Vorfragen im Reichstag zu befassen und um sich darüber schlüssig zu werden, wann der Reichstag wieder zusammentreten soll. Es heißt, daß die Senatoren nicht gewillt sind, eine Reichstagskammer abhalten zu lassen, bevor das neue Kabinetts fertig ist.

Ganz falsch und lediglich ein durchsichtiges Verleumdungsmanöver ist es, wenn die Sozialdemokratie so tut, als ob die Ablehnung der Gehaltsverweigerung durch die Mehrheit ein „Reinfall“ der Bürgerlichen sei. Ein solcher Ausgang war im Gegenteil mit Sicherheit vorauszusehen, da es selbstverständlich erscheinen mußte, daß für diesen Fall die Regierung ihren ganzen Heerdaun Mann für Mann zusammenkommen würde. Durch den Sieg der Mehrheit ist die Aktion in ihrer grundlegenden Bedeutung keineswegs verringert worden. Der Schwerpunkt liegt vielmehr in der harten und fest abgeschlossenen Minderheit, die so sofort um den Mehrheitspunkt herumdriftet, daß jeder